

Große Anfrage

der Abgeordneten Hansjürgen Doss, Ernst Hinsken, Gunnar Uldall, Dr. Dionys Jobst, Renate Blank, Hartmut Büttner (Schönebeck), Hans Michelbach, Friedhelm Ost, Dr. Winfried Pinger, Peter Harald Rauen, Hartmut Schauerte, Karl-Heinz Scherhag, Dr. Klaus-Dieter Uelhoff, Dagmar Wöhrle und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Paul K. Friedhoff, Jürgen Türk, Dr. Otto Graf Lambsdorff und der Fraktion der F.D.P.

Situation und Perspektiven des Einzelhandels in der Bundesrepublik Deutschland

Der Einzelhandel in der Bundesrepublik Deutschland ist nach Industrie und Handwerk der drittgrößte Wirtschaftsbereich. Er zählt zu den leistungsfähigsten Einzelhandelssystemen weltweit und garantiert den Bürgern eine gute Versorgung. Derzeit wird der Einzelhandel durch eine Reihe von Entwicklungen vor neue Herausforderungen gestellt. Obwohl der Einzelhandel ein Wirtschaftsbereich ist, der in der Vergangenheit die erforderlichen Wandlungsprozesse weitgehend aus eigener Kraft bewältigt hat, sind für die Lösung einer Reihe von aktuellen Problemen möglicherweise Änderungen bestimmter Rahmenbedingungen angezeigt.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

I. Zur Struktur des deutschen Einzelhandels

1. Wie hat sich – nach Branchen gegliedert – die Zahl der Einzelhandelsunternehmen in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?

Wie stellt sich diesbezüglich die Entwicklung in den alten und neuen Bundesländern dar?

2. Wie hat sich in diesem Zeitraum die Struktur des deutschen Einzelhandels im Hinblick auf Betriebsgrößenklassen entwickelt?
3. Wie hat sich der Anteil des Einzelhandels am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?
4. Wie hat sich in diesem Zeitraum der Anteil des Einzelhandels – nach Warengruppen gegliedert – an den Ausgaben der privaten Haushalte für konsumtive Zwecke entwickelt?

II. Zur Beschäftigung im Einzelhandel

5. Wie hat sich in diesem Zeitraum
 - a) die Zahl der Beschäftigten und
 - b) die Zahl der Auszubildendeninsgesamt und in den einzelnen Einzelhandelsbranchen entwickelt?
6. Welche Veränderungen sind in der Beschäftigtenstruktur
 - a) nach Qualifikation und Geschlecht,
 - b) nach Vollzeit-, Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung,
 - c) nach Zugehörigkeit zu kleinen, mittleren und großen Unternehmeneingetreten?
7. Wie beurteilt die Bundesregierung Entwicklung und Bedeutung der sozialversicherungsfreien geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse für die Unternehmen des Einzelhandels?

III. Zur Situation der kleinen und mittleren Unternehmen im Einzelhandel

8. Wie hat sich der Anteil der unterschiedlichen Unternehmensgrößenklassen an der Gesamtzahl der Unternehmen und am Umsatz im Einzelhandel – nach Branchen gegliedert – in Deutschland in den letzten zehn Jahren entwickelt?
9. Wie beurteilt die Bundesregierung die wettbewerbspolitischen bzw. wettbewerbsrechtlichen Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen des Einzelhandels in Deutschland?
Welche Möglichkeiten sieht sie, diese Situation gegebenenfalls durch Gesetzesänderungen im Wettbewerbsrecht zu verbessern, etwa im Bereich der Einkaufskooperationen gemäß § 5 c des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen oder im Hinblick auf Praktiken, die geeignet sein können, unbillig zu behindern (z. B. Verkauf unter Einstandspreis, Konditionenspreizung, Nachfragemacht)?
10. Wie stellt sich aus Sicht der Bundesregierung die Situation des Einzelhandels in den neuen Bundesländern dar?
Hat es hier Fehlentwicklungen gegeben, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls hiergegen zu tun?
11. Wie beurteilt die Bundesregierung die unter anderem von der Monopolkommission vertretene Auffassung, daß bei der empirischen Erfassung der Unternehmenskonzentration und der Wettbewerbssituation im Handel die wechselseitige Verflechtung der Unternehmen auf nationaler wie internationaler Ebene stärker erfaßt werden müsse, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, eine solche Erfassung gegebenenfalls zu ermöglichen?
12. Welche Mittelstandsprogramme von Bund, Ländern und Europäischer Union stehen Einzelhandelsbetrieben zur Verfügung?

In welchem Umfang werden sie genutzt, und welche positiven Wirkungen konnten dadurch in der Vergangenheit z.B. im Hinblick auf Existenzgründungen und Arbeitsplätze erzielt werden?

Hält die Bundesregierung die Mittelstandsförderung in diesem Bereich für hinreichend effizient, oder plant sie gegebenenfalls eine Neustrukturierung oder sonstige Neugestaltung der Fördermaßnahmen?

13. Welche Bedeutung kommt dem Franchise-System und den Einkaufs- und Marketingverbänden des Fachhandels für die Sicherung der Zukunft des Facheinzelhandels zu?

IV. Zum Ladenschluß

14. Liegen der Bundesregierung bereits erste Erkenntnisse darüber vor, wie sich die geänderten Ladenschlußzeiten auf die Einzelhandelsstruktur, die Beschäftigung im Einzelhandel und den Umsatz – jeweils nach Branchen gegliedert – ausgewirkt hat?
15. Kann die Bundesregierung bereits Angaben dazu machen – gegebenenfalls regional differenziert –, wie die geänderten Ladenschlußzeiten von den Verbrauchern angenommen werden?
16. Kann die Bundesregierung Angaben dazu machen, ob Umsatzverlagerungen aus dem ländlichen Raum oder Stadtrandlagen in die Ballungsgebiete oder sogenannte 1a-Lagen eingetreten sind?

V. Zur Frage der Ansiedlung und Flächenexpansion

17. Wie hat sich die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung durch den Einzelhandel mit Gütern und Dienstleistungen in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?
18. Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang insbesondere die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum?
19. Wie beurteilt die Bundesregierung den Trend zur Ansiedlung von Einkaufszentren, von Verbrauchermärkten, sogenannte factory outlet centres und ähnlichen neuartigen Verkaufsformen auf der „Grünen Wiese“?

Welche Auswirkungen haben nach Auffassung der Bundesregierung Mega-Einkaufszentren, z.B. das Oberhausener Centro, auf die umliegenden Regionen?

20. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung in diesem Zusammenhang zur Revitalisierung der Innenstädte?
21. Mit welchen Maßnahmen und Initiativen kann nach Auffassung der Bundesregierung angesichts des allgemein wachsenden Verkehrsaufkommens sichergestellt werden, daß die

verkehrliche Erreichbarkeit der Innenstädte gewährleistet bzw. verbessert wird?

22. Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für geeignet, um über den verkehrlichen Aspekt hinaus eine Belebung der Innenstädte herbeizuführen, und welche Bedingungen müssen insoweit für den innerstädtischen Einzelhandel gewährleistet sein?

VI. Zu Kriminalität und Einzelhandel

23. Wie beurteilt die Bundesregierung die steigende Anzahl von Massendelikten, unter anderem Ladendiebstähle, mit Blick auf die Situation des Einzelhandels, insbesondere in den innerstädtischen Bereichen?
24. Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der über reine Eigentumsdelikte wie Ladendiebstähle hinausgehenden Kriminalitätsentwicklung, etwa Beschaffungskriminalität im Zusammenhang mit Drogenkonsum oder die generelle Zunahme von Gewalt im öffentlichen Straßenraum, Behinderung und Belästigung von Passanten usw., auf die Situation des Einzelhandels?
25. Wie beurteilt die Bundesregierung die in der Praxis der Strafverfolgungsbehörden zu beobachtende Entwicklung, Verfahren wegen Eigentumsverletzungen im Bereich sogenannter Bagatelldelikte entsprechend – bundesweit nicht einheitlicher – Richtlinien generell gemäß den §§ 153, 153 a StPO einzustellen, und wie hält sie eine solche Praxis mit der Gesetzgebungskompetenz des Bundes für das Strafrecht für vereinbar?
26. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung derzeit zu den Wirkungen des sogenannten Bochumer Modells vor, wonach bei Eigentumsdelikten, insbesondere Diebstahl und Handtaschenraub, die Täter bereits am Tag ihrer Ergreifung durch die Strafjustiz verurteilt werden?
27. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, auf eine verstärkte Anwendung des mit dem am 1. Dezember 1994 in Kraft getretenen Verbrechensbekämpfungsgesetz eingeführten beschleunigten Verfahrens hinzuwirken und die Aufnahme der Tätigkeit des ebenfalls mit diesem Gesetz geschaffenen zentralen staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregisters zu beschleunigen?

VII. Zu Umweltfragen

28. Sind nach den bisher vorliegenden Erfahrungen mit der Umsetzung kooperativer Entsorgungssysteme, wie dem Dualen System Deutschland, Wettbewerbsbeschränkungen verbunden, welcher Art sind diese gegebenenfalls und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um die Lösung eines möglicherweise bestehenden Zielkonfliktes zwischen Umwelt- und Wettbewerbspolitik herbeizuführen?

29. Warum wurden die Ergebnisse der im Juli 1996 vom ifo-Institut vorgelegten Studie „Förderung ökologisch sinnvoller Getränkeverpackungen“ im derzeit laufenden Novellierungsverfahren der Verpackungsverordnung nicht berücksichtigt, und welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung gegebenenfalls in anderer Weise aus den Ergebnissen dieser ifo-Studie?

VIII. Zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

30. Wie sieht die Bundesregierung die Rolle des Einzelhandels im Zusammenhang mit der Währungsumstellung von Deutsche Mark auf EURO?
31. Wie beurteilt die Bundesregierung die im Einzelhandel befürchteten Probleme und Kostenbelastungen durch die parallele Geltung der nationalen und der gemeinsamen europäischen Währung während einer gegebenenfalls längeren Übergangsphase, insbesondere bei der Verwendung von Bargeld?
32. Sieht die Bundesregierung dabei insbesondere die Notwendigkeit einer doppelten Preisauszeichnung in EURO/Deutsche Mark?
33. Wird sich die Bundesregierung gegebenenfalls dafür einsetzen, die Umstellung der Zahlungsmittel auf einen Schlag (Big Bang) vorzunehmen?

IX. Zur Bedeutung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien für den Einzelhandel

34. Welche Chancen und Risiken ergeben sich nach Ansicht der Bundesregierung aus dem zunehmenden Vertrieb mittels elektronischer Medien wie Fernsehen, CD-Rom oder Internet?
35. Wie beurteilt die Bundesregierung die durch neue Informations- und Kommunikationstechnologien gegebenenfalls zu erwartenden Strukturverschiebungen im Einzelhandel?
- Sieht sie Auswirkungen auf die dem Einzelhandel vorgelegerten Betriebsabläufe, wie die Warenwirtschaft und das Verhältnis von Lieferant und Handel?
36. Wie beurteilt die Bundesregierung die zunehmende Verbreitung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs durch Kreditkarten, Scheckkarten-Terminals am point of sale und neuerdings der elektronischen Geldbörse auf die Wettbewerbssituation des kleinen und mittelständischen Einzelhandels?
37. Welche Auffassung vertritt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang zu dem in Kreditkartenbedingungen gewöhnlich enthaltenen, in Schweden jedoch seit 1994 als wettbewerbswidrig untersagten, Verbot, die an das Kreditinstitut abzuführenden Gebühren dem Kunden in Rechnung zu stellen?

38. Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu der von der EU-Kommission angekündigten Initiative zu einer europäischen Regelung für Kartenzahlungen ein?

Bonn, den 12. März 1997

Hansjürgen Doss
Ernst Hinsken
Gunnar Uldall
Dr. Dionys Jobst
Renate Blank
Hartmut Büttner (Schönebeck)
Hans Michelbach
Friedhelm Ost
Dr. Winfried Pinger
Peter Harald Rauen
Hartmut Schauerte
Karl-Heinz Scherhag
Dr. Klaus-Dieter Uelhoff
Dagmar Wöhrl
Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Paul K. Friedhoff
Jürgen Türk
Dr. Otto Graf Lambsdorff
Hermann Otto Solms und Fraktion

